

DIE INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN UND VERTRIEBENEN

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Problematik des wechselseitigen Anpassungsprozesses zwischen Einheimischen und Neubürgern nach 1945 hat mit der Vereinigung Deutschlands einen wichtigen Anstoß bekommen. Hervorzuheben ist dabei der mittlerweile erreichte Grad der fächerübergreifenden Verknüpfung der verschiedenen Wissenschaftszweige. Den Veranstaltern der Expertentagung des Instituts für Zeitgeschichte am 2. und 3. Dezember 1997 in München ist es gelungen, mit dem zweiten und vorläufig letzten Teil einer 1996 begonnenen Kolloquiumsreihe unter dem Titel Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 – Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven eine für die zukünftige Forschung maßgebliche Orientierung gegeben zu haben.

Unter der Prämisse des „Ost-West-Vergleichs“ sollte eine Zwischenbilanz gezogen und die Mehrdimensionalität heutiger Beschäftigung mit dem Prozeß der Flüchtlingsbeziehungsweise Vertriebenenforschung diskutiert werden. Der von der Außenstelle Berlin des IfZ zusammengestellte Teilnehmerkreis war wohltuend an zeitgenössischer Forschung ausgerichtet: Hier trugen vorwiegend Wissenschaftler vor, deren aktuelle Arbeiten richtungsweisende Akzente auf dem Gebiet der Integrationsforschung gesetzt haben.

In der einführenden Sektion *Vorbedingungen-Methoden-Bilanzen* wurden Ergebnisse aus dem Bereich Migrationsforschung (Marita Krauss, Bremen), aus soziologischer (Uta Gerhardt, Heidelberg), erfahrungsgeschichtlicher (Albrecht Lehmann, Hamburg) und politikhistorischer Sicht (Thomas Grosser, Mannheim) vorgetragen.

Die zentrale Sektion *Politik* beinhaltete einen Beitrag über die Integration in den Westzonen und der Bundesrepublik (Ulrike Haerendel, Speyer), ihr wurde die „Umsiedler“-Politik in der SBZ/DDR (Michael Schwartz, Berlin) gegenübergestellt; deren Folgen für das politische System der DDR (Manfred Wille, Magdeburg) wurden wiederum mit der Interessenvertretung von Vertriebenen innerhalb des politischen Systems der BRD (Everhard Holtmann, Halle-Wittenberg) kontrastiert.

Die Konfliktgeschichte des frühen Integrationsprozesses im Westen, die vor allem durch die günstigen ökonomischen Voraussetzungen alsbald an Schärfe verlor, wurde

bis in die achtziger Jahre in der Bundesrepublik tabuisiert. In der SBZ/DDR gingen die verantwortlichen Politiker noch einen Schritt weiter: Die als erfolgreich ausgewiesene Assimilation der sogenannten „Umsiedler“ wurde aus dem aktiven politischen Sprachgebrauch der DDR verbannt.

Im Gegensatz zur frühen Auflösung der Flüchtlingssonderverwaltung im Osten besaß die Flüchtlingsfrage im Westen einen staatspolitisch exponierten Stellenwert: Die Partizipation der Flüchtlinge und Vertriebenen in landespolitisch gestützten Beratungsgremien wurde dort als Stabilisierungseffekt betrachtet. Die Ausrichtung der Aufgaben der Sonderverwaltungen orientierte sich dabei vorrangig an der Interessengruppe der Vertriebenen, ein Befund, der besonders in Bayern auch nach deren Integration in die Regelverwaltung bis heute noch Gültigkeit besitzt, obwohl es mittlerweile zu einer Marginalisierung des Einflusses der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf die bayerische Staatspolitik gekommen ist. Auf dieses Phänomen der „klientenorientierten Flüchtlingssonderverwaltungen“ in Ost und West wies Rolf Messerschmidt (Bonn) hin.

Schon zu Beginn des Anpassungsprozesses zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen kam es im Westen zu einer Politisierung der Flüchtlingsfrage, gerade weil die etablierten Parteien hier verspätet reagierten. Everhard Holtmann (Halle-Wittenberg) machte auf dieses integrationspolitische Vakuum aufmerksam und bezeichnete es als einen mitentscheidenden Grund für den frühzeitigen Aufbau von Netzwerken unter Vertretern der Flüchtlingsinteressen in halbstaatlichen Gremien, Flüchtlingsparteien und Vertriebenenverbänden. Im Gegensatz zur radikalen Assimilationspolitik der SBZ/DDR besaßen die Vertriebenen im Westen schon gegen Ende der vierziger Jahre Organisationsmöglichkeiten, welche die kulturelle Dimension überschritten und besonders in Bayern frühzeitig eine landsmannschaftliche Prägung förderten. Innerhalb einer für die zeitgeschichtliche Flüchtlingsforschung besonderen Beziehung zwischen einem deutschen Teilstaat und einer Gruppe von Vertriebenen entwickelte sich ein politisch inspiriertes und klientenorientiertes Verhältnis, das in der Form der 1954 übernommenen Schirmherrschaft Bayerns über die „sudetendeutsche Volksgruppe“ eine bis heute gültige Form gefunden und durch die Bezeichnung der Sudetendeutschen als „vierter Stamm“ Bayerns eine stilistische Überhöhung erfahren hat.

Neben der sozialgeschichtlichen Erweiterung der Integrationsforschung in den letzten Jahren muß noch auf eine weitere Herangehensweise an die Thematik hingewiesen werden: Bedingt durch das gesteigerte fachhistorische Interesse einer nachwachsenden Generation von Wissenschaftlern ist es zunehmend gelungen, aus der Isolation einer Literatur von Betroffenen für Betroffene herauszutreten, was neben anderem zu einem längst überfälligen Abschied von harmonistischen Integrationsvorstellungen bei gleichzeitiger Hervorhebung von Konfliktstrukturen geführt hat.

Dieser Forschungsorientierung fühlten sich nicht nur die Referenten des dritten Tagungsabschnitts *Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt*, sondern ebenso diejenigen der Sektion *Kultur und Gesellschaft* verpflichtet. Mit Hilfe der narrativen Methode verglich Alexander von Plato (Lüdenscheid) anhand von Lebensverlaufsanalysen Integrationserfahrungen in Ost und West und betonte dabei die Ähnlichkeit des Integrationsprozesses als Etablierungsprozeß in einer sowohl den jeweiligen Einheimischen

als auch den neu Hinzugekommenen fremdgewordenen Welt. Daß die persönliche Verarbeitung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich sehr differenziert zu betrachten ist, erläutert Michael von Engelhard (Erlangen-Nürnberg). Auch wenn sich die Generationsunterschiede nach der ersten Reetablierung zu nivellieren begannen und soziale Unterschiede kompensiert werden konnten, waren und sind Traumatisierungen bei Flüchtlingen und Vertriebenen bis in die zweite Generation keine Seltenheit, wie Anita Eckstaedt (Kronberg/Ts.) in ihrer psychoanalytischen Betrachtung von Vertriebenenschicksalen anhand zweier Fallstudien aus ihrer Praxis deutlich machen konnte.

Die letzte Sektion der Tagung diente als Hinweis auf die dem Thema der Tagung entsprechenden *Quellen und Forschungsperspektiven*. Hervorzuheben ist der Beitrag von Albert M. Feiber (München), der zu Recht auf die noch viel zu wenig berücksichtigten Bestände der deutschen Vertriebenenverbände aufmerksam machte. Gerade mit der Einbeziehung auch der regionalen Integrationsagenturen (Regierung, Verwaltung, Verbände, Vereine) in den Untersuchungskontext offenbaren sich neue Chancen und Perspektiven einer Verknüpfung von Zeit- und Vertriebenengeschichte, die lange Zeit vor allem aus Gründen der Verweigerungshaltung der Verbände und eines zuweilen unerklärlichen Desinteresses der Forschenden zu oft ungenutzt blieben.

Die Tagung belegte, daß sich das methodische Instrumentarium insgesamt verfeinert hat, Fragerichtungen und -motive sich ausgeweitet haben. Auch politische Entscheidungen, wie die mancher Behörden vor allem auf regionaler Ebene, haben dazu beigetragen, den Forschungsprozeß weiter voranzutreiben. Es ist also nicht nur durch die verbesserten Arbeitsmöglichkeiten dringend an der Zeit, den schmalen Grat zwischen Tabuisierung und Politisierung des Anpassungsprozesses von Einheimischen und Vertriebenen in Ost und West, den Hans-Ulrich Thamer (Münster) in seinem Abschlußvortrag skizzierte, kritisch zu hinterfragen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsgeschehens. Denn die Konfrontation mit dem Fremden gibt Auskunft darüber, wie es um die innere Verfaßtheit einer Gesellschaft bestellt ist.